

10.05.2023 Leserbrief an die BNN

Zur Berichterstattung zum möglichen Großbordell in der Ottostraße:

Nachdem ich nun einige Kommentare und Passagen in Artikeln zum möglichen Großbordell in der Ottostraße sehr befremdlich fand, möchte ich dazu Stellung beziehen:

Im Kommentar „Schlüpfrige Spielchen“ vom 19.4. schreibt der (männliche) Kommentator: „[...] sind der Stadtverwaltung die Hände gebunden. Der Standort am Killisfeld ist abseits und von einer Jugendgefährdung ist kaum auszugehen.“ Im Bericht daneben wird der (männliche) Baubürgermeister Fluhrer zitiert: „Wenn überhaupt ein Bordell [...], dann da – da stört es am wenigsten.“

Zur abseitigen Lage lohnt sich ein Blick in den Bebauungsplan „Killisfeld nördlich der Ottostraße“, auf Basis dessen aktueller(?) Fassung von 1999(!) die Bauvoranfrage positiv beschieden wurde: „Das Planungsgebiet [...] wird begrenzt [...] im Norden von der Bahnanlage „Güterbahnhof Durlach“ und im Osten von der Killisfeldstraße.“ Den Güterbahnhof gibt es nun seit guten 20 Jahre nicht mehr, stattdessen ist auf diesem Gelände ein Wohngebiet mit knapp 50 Reihenhäusern und mehreren Mehrfamilienhäusern entstanden. Hier wohnen viele Familien mit Jugendlichen und Kindern, u.a. auch ich mit meiner Familie. Und auch östlich der Killisfeldstraße hört die Welt nicht auf, sondern mit Lohn-Lissen und Aue liegen dort die beiden Teile von Durlach mit der höchsten Siedlungsdichte.

Daher stellt sich mir die Frage, wen ein Bordell in der Ottostraße eigentlich am wenigsten stören soll. Sicherlich nicht die Anwohnenden der oben genannten Siedlungen, die teilweise schon jetzt sehr stark unter der Straßenprostitution zu leiden haben. Sicher auch nicht die Besucher der angrenzenden Moscheen, die den Punkt mit der Jugendgefährdung anders sehen als der (männliche) BNN-Komentator. Und zu guter Letzt sicher auch nicht die Gewerbetreibenden in diesem Gebiet, die im Gegensatz zum (männlichen) Baubürgermeister die Ottostraße noch nicht abgeschrieben, sondern wie am prominentesten die Atruvia massiv in die Zukunft dieses Gewerbegebiets investiert haben. Möchte die Stadt und das Bauressort künftig auf deren Steuergelder verzichten, wenn die Betriebe bei der Suche nach (auch weiblichen) Fachkräften aufgrund der Nähe zu Bordell und Straßenstrich immer wieder leer ausgehen und/oder unattraktiv für Ihre Kundschaft werden?

Und warum eigentlich? Damit sich ein möglicher (männlicher) Betreiber eines Bordells und seine (männlichen) Zuhälter auf Kosten der körperlichen und geistigen Gesundheit junger Frauen eine goldene Nase verdienen können? Damit mehr (männliche) Freier aus dem gesamten Umland angezogen werden? Damit Rivalitäten/Bandenkriege zwischen Bordell und Straßenstrich am Eingang von Durlach ausgetragen werden können?

Welches Gesellschaftsbild wollen wir unseren Kindern und Jugendlichen vor der eigenen Haustür vermitteln? Sex-Kauf: schon in Ordnung? Prostitution: ein Beruf wie jeder andere auch? Ausbeutung junger Frauen: muss es in einer Großstadt halt geben? Ausbildungs- oder Arbeitsplatz vor der Haustür in der Ottostraße: besser nicht? Mit dem Fahrrad nach Karlsruhe und wieder zurück: besser nicht durch die Ottostraße? Kindergeburtstag in der Ninja-World: künftig lieber nicht mehr? Auch wenn die BNN da keine Jugendgefährdung erkennen kann?

Das Problem des Zitats von Herrn Fluhrer liegt schon im ersten Teil des Satzes: „Wenn überhaupt ein Bordell, ...“. Durlach und Karlsruhe brauchen kein (zusätzliches) Bordell.

Und der Stadt sind keineswegs die Hände gebunden. Durlach kann wie weite Teile der Karlsruher Innenstadt als Sperrbezirk ausgewiesen werden. Auch Bebauungspläne sind nicht Gott gegeben, sie

werden von Menschen gemacht und können (müssen?) bei veränderten Rahmenbedingungen aktualisiert werden. Gemeinderatsentscheidungen können rückgängig gemacht werden.

Die Ottostraße braucht eine positive Entwicklungsperspektive für die Anwohnenden und die Gewerbetreibenden ohne Bordell und ohne Straßenstrich. Man(n) muss es nur wollen.

Und als langjähriger (männlicher) BNN-Leser würde ich mir mehr gut recherchierte Artikel zu den negativen Seiten der Prostitution wünschen und auch mal die Meinung einer (weiblichen) Kommentatorin. Im Gegenzug könnten einige der halbseitigen Artikel mit den unkommentierten Luftschlössern, Kindheits- und Familiengeschichten eines selbsternannten Unternehmers und seiner Pressekonferenzen wegfallen, die die aktuelle Berichterstattung der BNN zum Thema aktuell leider dominieren. Das spielt dem Immobilienbesitzer deutlich mehr in die Karten als der legitime Protest der Bürgerinitiative, wie im Kommentar „Schlüpfrige Spielchen“ unterstellt wird.

Anwohner – der Name ist der Bürgerinitiative bekannt.